Potsdams andere Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2009 Nr. 2 · 5. Jahrgang

Wahlen
3 *Superwahljahr 2009 – Teil 2*
Rot-Rot in Brandenburg?

LINKS im Rathaus
5 *Runder Tisch zur Bildung*
Diskussion zu Energiepreisen

Potsdam-West/Ortsteile
6–9 *Seniorenheim, Bürgertreff, Bahnhof*
Charlottenhof und Uni-Kita

„Keine Zukunftspläne“ für Bahnhof Pirschheide

Abschlägige Antwort auf Anfrage der LINKEN/Potsdam ignoriert Nutzerinteressen

Der Bahnhof Pirschheide fristet ein Schattendasein und droht zu verfallen. In seiner Nachbarschaft befinden sich größere Hotels sowie ein großer internationaler Campingplatz und zahlreiche Arbeitsplätze. Gespräche mit den Hotel- und Campingplatzbetreibern ergaben, dass die Attraktivität ihrer Einrichtungen und des gesamten Raumes durch gute Bahnverbindungen über den Bahnhof Pirschheide, vor allem zum Flughafen Schönefeld bzw. künftigen BBI, zur Uni Potsdam und zum Wissenschaftspark Golm erhöht werden könnte.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Anita Tack (MdL, DIE LINKE) an die Landesregierung (DS 4/6515) vom 21.7.2008 hieß es u.a.: „Die Landeshauptstadt Potsdam trägt die kommunale Verantwortung für das Gebiet im Rahmen der Stadtentwicklung …“

Diese Antwort und der oben beschriebene unveränderte Zustand des Bahnhofes war der LINKEN StVV-Abgeordneten Tack Grund genug, Anfang Januar 2009 dem Oberbürgermeister ebenfalls eine Kleine Anfrage zuzuleiten.

In der Beantwortung teilte nun der OBM u. a. Folgendes mit: „Als Aufgabenträger für den ÖPNV der Landeshauptstadt wird von dieser Seite her der Bahnhof Pirschheide durch zwei städtische Nahverkehrslinien vorbildlich und bezogen auf das dortige SPNV-Angebot großzügig bedient. Für die Bestellung des schienengebundenen Nahverkehrs (SPNV) ist jedoch das Land als Aufgabenträger zuständig.

Als kommunaler Aufgabenträger können zu Themen des SPNV lediglich „Wünsche“ vorgetragen bzw. durch Untersuchungen begründete Erweiterungen des SPNV-Angebotes beantragt werden.

So ist dies auch mit der von der Stadt für notwendig erachteten Flughafenanbindung zum BBI durch sie in die Wege geleitet worden, so dass diese Verbindung (Potsdam Hbf. – Golm – BBI) in den SPNV-Plan des Landes aufgenommen wurde.

Auf dem Bahnhof selbst sind bereits von Seiten der DB AG Tatsachen durch Umbaumaßnahmen (z.B. Fahrleitungsmaste am Bf. Pirschheide) und eine teilweise Bahnhofsschließung geschaffen worden, die eine Wiederinbetriebnahme wesentlich erschweren. Entscheidender Vorzug der geplanten Verbindung zum BBI gegenüber anderen Lösungen ist die sehr kurze Fahrtzeit (38 min), die u. a. durch die geringe Zahl an Halten entsteht. Für die genannten Einrichtungen um den Bahnhof Pirschheide sieht auch die Stadt die Anbindung an den SPNV als vorteilhaft an. Um die Einführung der neuen Flughafenverbindung nicht zu erschweren, wird seitens des VBB und der Stadt eine Inbetriebnahme ohne diese Bahnhöfe favorisiert (= höhere Reisegeschwindigkeit). Die Entwicklung und der Betrieb der Linie sollen beobachtet werden und danach erneut mit dem Land gesprochen werden. Derzeit existieren seitens der Stadt keine „Zukunftspläne“ für das Bahnhofsgelände/-gebäude und sie ist auch nicht in der Lage, diesen zu erwerben …“

Damit ignoriert der OBM bzw. die Stadtverwaltung die zahlreichen Nutzerinteressen im Umfeld des Bahnhofs Pirschheide für eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, auch zum künftigen neuen Flughafen.



Bürgerhaushalt: Kostenloser ÖPNV ist Nummer 1

Die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für Schülerinnen und Schüler belegt mit insgesamt 575 Punkten mit klarem Abstand Platz eins des diesjährigen Bürgerhaushalts der Landeshauptstadt Potsdam. An zweiter Stelle folgt mit 428 Punkten die Sanierung der Sporthalle in der Kurfürstenstraße. Rang drei erreichte mit 416 Punkten der Bürgerwunsch der kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Senioren.

Insgesamt wurden im Bürgerhaushalt 2009 der Landeshauptstadt Potsdam 213 Vorschläge eingereicht. Unter den 20 Vorschlägen, die in mehreren Abstimmungsrunden die meisten Punkte erhielten, befinden sich konkrete Ideen zur Förderung der Jugendkulturarbeit, Anregungen zur Verbesserung der Potsdamer Radwegesituation und der Vorschlag zur Errichtung eines Freibads in Potsdams Süden. Auch ist der Bürgerwunsch nach einem kostenfreien Eintritt für Kinder in Potsdamer Museen mit 276 Punkten vertreten.

Am 28. Januar 2009 wurde die aus dem Votum der Potsdamerinnen und Potsdamer hervorgegangene „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ mit den 20 am besten bewerteten Vorschlägen der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Nach abschließender Beratung in den Fachausschüssen erfolgt dann mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2009 die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über die Vorschläge und deren Berücksichtigung im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam.

(Siehe: www.potsdam.de/buergerhaushalt)

Auf ein Wort …



In Würde alt werden

Dieter W. ist 79 Jahre alt. Er lebt in einer kleinen 2-Zimmer-Wohnung und braucht täglich Unterstützung. Die Pflegeversicherung zahlt ihm ungefähr 14 Euro pro Tag. Seine Sozialstation berechnet ihm aber für die tägliche Pflege – also Hilfe beim Aufstehen, Waschen, Anziehen, dem Einkauf und Zubettgehen – 900 Euro im Monat. Seine Pflegebedürftigkeit verbraucht das Wenige, was er an Rente erhält.

Wie Dieter W. geht es vielen der über zwei Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland. Sie müssen immer mehr für ihre Pflege zuzahlen, und das für eine Leistung, in der der Grundsatz „satt, sauber, trocken“ vorherrscht. Pflegebedürftigkeit treibt heute viele Menschen in Existenznot und Sozialhilfebedürftigkeit. Angehörige fangen den erheblichen Hilfebedarf in vielen Fällen noch auf. Verbesserung trat auch mit der Pflegegeldreform 2008 nicht ein. Deshalb fordert DIE LINKE eine Überarbeitung.

Jana Schulze, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

In eigener Sache:

Die nächste „PaS“
erscheint am
Dienstag, 3. März 2009.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt für diese Ausgabe im Wahlkreis IV – Waldstadt I und II; Schlaatz; Teltower und Templiner Vorstadt; Hermannswerder.

Redaktionsschluss
ist am Dienstag,
17. Februar 2009, 16.00 Uhr.

Zuschriften
an die Redaktion bitte an:
„medienPUNKTpotsdam“
Hessestr. 5
14469 Potsdam
Stichwort: „PaS“

oder per Fax an: 0331/20 01 89 – 71
bzw. per email: pas.redaktion@gmx.net

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam;
Günther Waschkuhn, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk,** Redakteur; **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Jens Hörnig,** Reisen, Service; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Der „Kohlosaurus“ wütet in Brandenburg

Unterschriften gegen neue Tagebaue noch bis zum 9. Februar möglich



Der Kohlosaurus lebt noch immer. Leider. In der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam zog das Kohle-Monster am 19. Januar durch die Fußgängerzone und trieb am Brandenburger Tor sein Unwesen.

Der Auftritt von Kohlosaurus war Auftakt der Aktionstour, mit der das Bündnis „Keine neuen Tagebaue“ um Unterstützung für das Volksbegehren warb. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall will mindestens vier neue Braunkohle-Tagebaue in der Lausitz erschließen, um auch noch nach 2020 den klimafeindlichsten aller Energieträger verbrennen zu können.

„Wir müssen uns wehren“, rief Falk Hermenau, Koordinator des Volksbegehrens, den Menschen auf dem Potsdamer Luisenplatz zu. Und: „Wir haben eine reale Chance, diesen Wahnsinn zu stoppen.“ Nicht einmal 100 Leute waren gekommen, und das ist symbolisch für das ganze Volksbegehren. 80.000 Unterschriften muss das Bündnis bis zum 9. Februar gesammelt haben, um erfolgreich zu sein und Eingang in die Politik zu finden. Zur Halbzeit war gerade einmal ein Zehntel der Stimmenanzahl erreicht.

Aber deshalb ging ja Kohlosaurus auf Tour: 10 Tage lang besuchte er Städte in Brandenburg, um den Leuten das Problem zu erläutern. „Beim Volksbegehren geht es auch um Arbeitsplätze“, sagte Hubert Weigert, Vorsitzender des BUND, der nach Potsdam gekommen war. Es stimme ja nicht, dass mit dem Volksbegehren Jobs bedroht würden, „es geht vielmehr darum, Arbeitsplätze sicher zu machen“, so der BUND-Chef. Angesichts der Klimaziele der Bundesregierung sei doch klar, dass Schluss sein muss mit der Braunkohleverstromung, „und je eher wir zukunftsfeste Jobs schaffen, um so sicherer haben die Brandenburger Lohn und Brot“, so Weigert. Gerade Brandenburg habe vorzügliche Voraussetzungen für die Erneuerbaren Energien und bereits heute würden mehr Menschen auf diesem Gebiet arbeiten als in der Braunkohle.

Die, die heute noch in der schmutzigen Energie arbeiten, waren jedenfalls auch ans Brandenburger Tor nach Potsdam gekommen. „Lausitzer Braunkohle, Energie für Generationen“ stand an ihrem Bus – vermutlich Eigentum der Gewerkschaft Industrie, Bergbau, Chemie. „Kohle fördern, CO_2 stoppen – wir arbeiten daran“, stand auf dem blauen Plakat, das sie entrollten.

Die Plakate der Tagebaugegner sind gelb und flugs stellten sich Volksbegehren-Fans mit diesen vor das blaue Banner – und vermutlich ungewollt kamen so die Farben des Konzerns Vattenfall zu Stande: Blau-gelb. In Schweden ist der Staatskonzern verpflichtet, jedes Jahr seinen Kohlendioxid-Ausstoß um einige Prozent zu reduzieren. Aber das gilt für Vattenfall Europe nicht, die 100-prozentige Tochter des Staatskonzerns Vattenfall SE, die sich in Polen und hauptsächlich in Deutschland aufs Kohleverstromen versteift hat. Das blaue Plakat der Kohlefans trug denn auch das Firmenlogo von Vattenfall, während bei den Kohlegegnern „Vattenausfall“ stand.

Unter dem schön-schaurigen Rasseln von Abraumbaggerketten und Förderbändern tobte dann Kohlosaurus los, weil er am Potsdamer „Brandenburger Tor“ einen Kohleberg entdeckt hatte. Mit ohrenbetäubendem Lärm fraß er dran rum. Weil aber bekanntlich jedes Tun folgenreich ist, blähte sich dann sein Bauch und es rumorte und quoll schließlich – zu den Klängen von „Spiel mir das Lied vom Tod“ – oben raus aus dem Abgasschlot der Dinosauriertechnologie: Über tausend Luftballons stiegen in den Himmel, um auf die Gefahr hinzuweisen: 1 Kilowattstunde Strom aus Braunkohle hergestellt, verursacht dreimal mehr Kohlendioxid als 1 Kilowattstunde Strom aus Erdgas. Die Kohlendioxid-Müllkippe ist heute schon längst voll und jede weitere Tonne verschärft das Problem. *-nr-*

Demokratieverständnis à la SPD

Die stärkste Fraktion stellt den Ministerpräsidenten und nicht etwa die zweitstärkste, das ist eine demokratische Grundregel, an die man sich auch dann hält, wenn man meint, besser zu sein als der Konkurrent, der mit nur 0,6 % Stimmenvorsprung gewinnt. So war es 2004, als die SPD sehr knapp verlor und ihr Kandidat Schröder im Fernsehen seine Sicht der Dinge – „Die kann das doch nicht!“ – deutschlandweit zum besten gab. Aber die SPD akzeptierte die Juniorpartnerschaft, und es begann Schwarz-Rot. Das funktioniert in vielen Varianten – nur in einer soll es nicht sein. Wenn die LINKE mehr Stimmen erhält, darf sie – vielleicht – Juniorpartner sein, aber niemals Ministerpräsident – zumindest soll das in Brandenburg so sein, wo der Generalsekretär der SPD, Genosse Ness, verkündet: Rot-Rot ist möglich, aber „die SPD wird kein Juniorpartner der LINKEN sein“. Was passiert nun, wenn die LINKE mehr Stimmen hat, nehmen wir an, es sind nur 123 Stimmen – wie bei der OB-Wahl in Potsdam? Wie dann? Lässt man dann die mögliche linke Mehrheit, die bei den Wahlen rausgekommen ist, sausen und geht zur CDU, an deren Spitze dann womöglich ein Herr Petke steht? Die werden natürlich einem SPD-Ministerpräsidenten umgehend huldigen, wenn sie nur damit an die Regierung kommen. Vielleicht ist es ja nur das übliche Getöse in der SPD mit Blick nach Berlin. Aber mit diesen Äußerungen spricht die SPD den LINKEN nicht nur Recht ab, am politischen Wettbewerb um die Macht in Brandenburg teilzunehmen – zumindest darf sie nicht gewinnen –, sondern sie missachtet damit auch und vor allem den Willen des Souveräns, des Wählers.

Ein wenig dabei, wenn die SPD es erlaubt, aber wenn es um die Macht geht – und um die geht es in der Politik immer –, dann darf sie wieder nicht. So geht es nicht!

Sascha Krämer

Rot-Rot in Brandenburg

Perspektiven für einen politischen Wechsel / Von Ronny Besançon und Günther Waschkuhn

Die guten Ergebnisse der LINKEN bei den Kommunalwahlen und bei Umfragen im Vorfeld der Landtagswahlen am 27. September 2009 zeigen, dass sich die Möglichkeit einer rot-roten Koalition abzeichnet. Diese Regierungsbildung wird auch von einer Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger befürwortet. Eine fortschrittliche Landespolitik für die Menschen an Stelle der Zwangsehe von SPD und CDU ist offensichtlich eine Option, auf die sich DIE LINKE vorbereiten muss. DIE LINKE in Brandenburg muss sich deshalb mit den Chancen und Risiken einer Regierungsbeteiligung auseinandersetzen.

Natürlich ist auch die Perspektive der Oppositionsrolle weiter denkbar. Denn eine Regierungsbeteiligung der LINKEN muss für reale politische Veränderungen stehen, die für die Menschen erkennbar sind. „Alter Wein in neuen Schläuchen" – dafür kann DIE LINKE nicht zur Verfügung stehen. Mit der LINKEN wird es zum Beispiel keine Wirtschaftspolitik geben, die die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Armuts- und Niedriglöhnen als Erfolg feiert. DIE LINKE steht für das Ziel „gute Arbeit mit guten Löhnen" – „Einkommen zum Auskommen" bedeutet mehr als nur Essen und Wohnen, es bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Kultur, Freizeit und Bildung. Gerade Brandenburg braucht eine Stärkung der Binnennachfrage durch mehr Kaufkraft – auch, um die einheimische Wirtschaft zu unterstützen.

Wenn die SPD wirklich einen erkennbaren Teil ihrer politischen Ziele in Brandenburg durchsetzen will, geht dies nur gemeinsam mit der LINKEN. Gemeinsamkeiten finden sich bei beiden Parteien zum Beispiel in der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, zur Sicherung und Verbesserung der Infrastruktur für die Bürger (z.B. durch die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs auch in ländlichen Regionen), in der Hochschulpolitik, in der vorschulischen und schulischen Bildungspolitik und bei einem konsequenten Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen und für ein tolerantes und offenes Brandenburg. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der SPD und der LINKEN besteht – wenigstens programmatisch – auch im Ziel der erweiterten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an landes- und kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Der Leitsatz von Rot-Rot sollte heißen: Mehr Demokratie wagen!

Bei einer gemeinsamen Regierung muss DIE LINKE aber auch immer die Frage beantworten können: Wem nutzt es?! Das bedeutet auch, Sollbruchstellen festzulegen, die verhindern, dass das eigene Profil der LINKEN nicht mehr erkennbar ist. So hat Oskar Lafontaine im „Freitag" vom 9. Januar 2009 formuliert: „Es gilt, wir dürfen uns nur dann an Regierungen beteiligen, wenn unser Profil gewahrt bleibt, das heißt: keine weitere Privatisierung, kein Personalabbau im öffentlichen Dienst, keine weiteren Kürzungen sozialer Leistungen."

DIE LINKE weiß, dass die politischen Handlungsspielräume in Brandenburg auf Grund der finanziellen Lage nicht unbegrenzt sind. Das darf jedoch nicht heißen, dass mit dem „Totschlagargument" knapper Haushaltsmittel Politik gegen die Menschen verlangt wird. Die Phantasie, die aufgebracht wird, um „die Wirtschaft" zu retten, fordert DIE LINKE auch dann, wenn es um die Existenzbedingungen der abhängig Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, der Erwerbslosen, der Studierenden, Schülerinnen und Schüler und Kinder geht.

Die SPD braucht DIE LINKE, um wieder Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Sie muss sich darüber im Klaren sein, dass DIE LINKE inhaltliche Veränderungen erreichen will und auf gleicher Augenhöhe mit der SPD verhandeln wird. Deshalb muss sich die SPD sehr genau überlegen, welche Bedingungen sie für eine rot-rote Koalition formuliert.

Sven Petke führt die CDU Brandenburg

Thomas Nord zum Listenvorschlag der CDU für die Landtagswahl

Die am 8. Januar vom Landesvorstand der CDU Brandenburg vorgeschlagene Liste für die kommende Landtagswahl ist eine Kapitulation aller innerparteilichen Konkurrenten vor dem Machtanspruch von Sven Petke. Er wird nur notdürftig von der Galionsfigur Johanna Wanka kaschiert. Ehrlich gegenüber den Wählerinnen und Wählern ist der Vorschlag nicht, weil nicht die Spitzenkandidatin zukünftig das Sagen in der Union haben wird, sondern Listenplatz 5. Schon die Demontage von Fraktionschef Lunacek macht das deutlich und ist eine weitere Destabilisierung der Regierungskoalition. Deren Handlungsfähigkeit ist in einer Zeit, in der sie besonders nötig wäre, weiter gesunken.

Im Juni 2009 wird gewählt – Zeit für ein besseres Europa!



Bislang setzt die EU auf eine marktradikale Wirtschaftspolitik, auf Sozial- und Demokratieabbau sowie eine Außen- und Sicherheitspolitik der militärischen Stärke, die Kriege in Kauf nimmt. Dem setzt DIE LINKE unter dem Motto „Frieden, Demokratie, Solidarität – Für ein besseres Europa" ein alternatives Programm entgegen, dessen Ziel es ist, dass alle Menschen in Europa und weltweit in Würde selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können. Soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Friedens bezeichnet das Programm für die Europawahlen 2009 als „Kompass" auf diesem Wege.

Drei inhaltliche Schwerpunkte untersetzt das Programm mit konkreten Politikangeboten:

Für eine demokratische Europäische Union: Alle Menschen sollen demokratisch am Leben teilhaben können, zum Beispiel durch Bürgerentscheide, gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte, eine humanitäre Politik zur nachhaltigen Sicherung würdevoller Lebensbedingungen auch in armen Ländern und die Gleichstellung der Geschlechter, nicht zuletzt durch den Kampf gegen Altersarmut.

Vor allem will DIE LINKE einen gleichberechtigten Zugang für alle zur Daseinsvorsorge – einschließlich Bildung, Kultur und Medien – und lehnt weitere Privatisierungen ab.

Für eine soziale und ökologische Europäische Union: Nationale öffentliche Investitionen und eine solidarische Lohnpolitik sollen für kräftige Nachfrageimpulse sorgen. Massive Fremdfinanzierungen und Steueroasen sind zu unterbinden. Die Besteuerung soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen – also auch über die Erbschaftssteuer – statt über die Mehrwertsteuer zu Lasten der Armen. DIE LINKE wendet sich gegen die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dringt auf einen existenzsichernden Mindestlohn sowie eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung. Statt Rüstung soll der Klimaschutz in armen Ländern finanziert werden.

Für eine zivile und global solidarische Europäische Union: DIE LINKE will eine Politik des Dialogs und der gleichberechtigten Zusammenarbeit, die Russland einschließt. Sie wendet sich gegen den vertraglichen Zwang zur Aufrüstung und spricht sich gegen Raketenstationierungen und Minen aus. Das Menschenrecht auf Nahrung soll durch fairen Handel durchgesetzt werden.

Der vierte Abschnitt „LINKS wirkt" ruft noch einmal alle Bürgerinnen und Bürger auf, der marktradikalen Ausrichtung der EU eine klare Absage zu erteilen und zugleich einer friedensstiftenden Rolle der Europäischen Union in der Welt ihre Stimme zu geben. Damit soll ein Kurswechsel beginnen – hin zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Europäischen Union, die als zivile und solidarische Kraft ihren Beitrag zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen leistet. *-ed-*



Ehrungen für Karl und Rosa zum 90. Jahrestag ihrer Ermordung

Traditionell gedenken LINKE im Januar jeden Jahres der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar – dem 90. Jahrestag der Ermordung – an der Ehrentafel Hegelallee 38 (l.). Am 18. Januar waren 250 Potsdamerinnen und Potsdamer im Lustgarten am Ehrenmal „Herz und Flamme der Revolution" (r.).



Der Gestapo-Lockvogel

Februar 1934

Anfang 1934 teilte die „Potsdamer Tageszeitung" mit, dass am 01. Februar in der Husarenstraße 5 (heute Fritz-Zubeil-Straße) der Tischler Alfred Kattner erschossen worden sei. Trotz intensiver Bemühungen der Polizei und des Aussetzens einer Belohnung von 5.000,- RM konnte der Täter nicht ermittelt werden. Wer war dieser Alfred Kattner? Warum kam er zu Tode?

Geboren wurde Alfred Kattner am 23. September 1896 in Schwiebus als Sohn einer Arbeiterfamilie. Er erlernte den Beruf des Tischlers. Von 1916 bis 1918 war er zwangsweise Soldat. Er wurde Mitglied der USPD, 1920 trat er der KPD bei. Ab 1925 war Kattner hauptamtlicher Mitarbeiter zunächst in der Poststelle bzw. in der Orgabteilung des ZK der KPD. Unter dem Decknamen Alfred führte Kattner Sonderaufträge und Kurierarbeiten aus, kannte viele KPD-Funktionäre. Im Februar 1933 war Kattner einer der wichtigsten Kuriere, die mit Ernst Thälmann Kontakt hielten. Am 3. März 1933 wurde er zusammen mit Ernst Thälmann und Werner Hirsch, einem engen Mitarbeiter Thälmanns, im illegalen Quartier in der Berliner Lützowstraße 9 verhaftet. Kattner saß von April bis Juni 1933 im Polizeigefängnis Berlin-Spandau, anschließend im KZ Sonnenburg. Ende August holte ihn die Gestapo zu erneuten Verhören in die Gestapozentrale, weil Kattner „weitgehenden Einblick in interne Vorgänge des ZK besaß und natürlich auch die Rolle führender kommunistischer Persönlichkeiten, insbesondere die des Parteiführers Thälmann, kannte". Mit brutalen Verhörmethoden, Drohungen und Versprechungen gelang es der Gestapo, Kattner „umzudrehen". Am 15. November 1933 wurde er überraschend entlassen und als Polizei-Lockvogel eingesetzt. Obwohl sich die Hinweise verdichteten, dass Kattner zum Verräter geworden war, wiesen einige Funktionäre die Warnungen – z. B. die Herbert Wehners – als unbegründet zurück. Erst als am 18. Dezember 1933 Hermann Dünow, der „Reichsnachrichtenleiter", bei einem mit Kattner vereinbarten Treff von der Gestapo verhaftet wurde, reagierte das Abwehrressort. In der illegalen „Roten Fahne" wurde Kattner Ende Januar 1934 als Spitzel der Gestapo genannt: „Wir enthüllen bereits heute, dass ein paar gekaufte Subjekte, mit schwerem Geld bestochene ehemalige kommunistische Funktionäre, nach dem Diktat von Goebbels Propagandaministerium ihre Aussagen machen sollen. Unter diesen Kreaturen und gekauften Achtgroschenjungen befindet sich die ehemals technische Hilfskraft aus dem Karl-Liebknecht-Haus, Alfred Kattner, ..."

Damit war das Schicksal des Alfred Kattner besiegelt. Am 01. Februar 1934 drang Hans Schwarz in dessen Quartier ein und erschoss den Verräter.

Die Gestapo beantwortete die Beseitigung ihres Lockvogels mit der Erschießung der in Haft befindlichen KPD-Spitzenfunktionäre John Schehr, Eugen Schönhaar, Rudolf Schwarz und Erich Steinfurth. *-rt*

Gegen die „Käthe-Bauern"

Februar 1949

Auch die Bauernschaft Brandenburgs hatte viele Kriegstote zu beklagen. Den Landarbeitern fiel also eine besondere Rolle zu, um die Ernährung des Volkes zu sichern. Das war auch der Grund dafür, dass am 06. Februar 1949 die Arbeitsschutzkommission zur Situation junger Landarbeiter in Bergholz eine Kontrolle durchführte (Bergholz-Rehbrücke gehörte von 1939 bis 1952 als Ortsteil zu Potsdam). Die Ergebnisse dieser Kontrolle wurden schonungslos in der Presse veröffentlicht.

Sie ergab z.B., dass beim Bauern Käthe von „mittelalterlichen Zuständen" gesprochen werden musste, denn „...den Maschinen fehlen jegliche Schutzvorrichtungen, der Hof selbst ist verwahrlost, die Landarbeiter sind in einem Raum untergebracht, der vor Schmutz starrt. [...] Ein 16jähriger Landarbeiter arbeitet im Winter von 7 bis 20 Uhr und im Sommer von 6 bis 23 Uhr, obwohl gesetzlich für die Jugendlichen eine 43stündige (Wochen-) Arbeitszeit vorgeschrieben ist. Trotz des Tarifstundenlohnes von 66 Pfennigen bekam dieser Junge nur eine monatliche Entlohnung von 20 DM..."

Eine völlig andere Situation fand die Kommission beim Bauern Fritz Keller vor. Der hielt die gesetzlichen Bestimmungen ein und förderte gar den Familienanschluss des jungen Mannes.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter, wie die Kontrolleure sie beim Bauern Käthe vorgefunden hatten, waren durchaus kein Einzelfall.

Treffpunkt Olympia 1959

Februar 1959

Die XVII. Olympischen Sommerspiele 1960 in Rom warfen bereits ihre Schatten voraus – und auch die Potsdamer Jugend wollte auf ihre Weise in die Vorbereitung einbezogen werden. So lud die FDJ-Leitung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF), die Vorstudieneinrichtung für vor allem Kinder von Arbeitern und Bauern, zum 27. Februar 1959 in die Sporthalle zur Einrichtung des „Treffpunkts Olympia" der Potsdamer Jugendlichen ein. Etwa 300 kamen! Sie maßen ihre Kräfte im Klimmziehen, Klettern, Boxen und Gewichtheben (Hantel mit einem Zentner). Der absolute Höhepunkt war dann das abschließende „Raufballspiel" – sicherlich keine olympische Disziplin, aber ein Spaßmacher.

Runder Tisch zur Bildungslandschaft

Ab dem Schuljahr 2009/2010 braucht Potsdam einen neuen Schulentwicklungsplan, weil der alte (2004 – 2009) ausläuft. Wie aber soll sich die Bildungslandschaft der Landeshauptstadt nach den Schließungen von Bildungseinrichtungen und der großen Zunahme von Schulen in Freier Trägerschaft überhaupt noch entwickeln? Weiter hin zur Mehrgliedrigkeit des überholten bundesdeutschen Schulsystems? Oder doch hin zur in Brandenburg favorisierten Zweigliedrigkeit mit Oberschule und Gymnasium? In Potsdam ist alles ganz anders! Mit 4 Oberschulen, 4 Gymnasien und immerhin 5 Gesamtschulen, die gerade auch in diesen Tagen von Schülern und Eltern zum Tag der Offenen Tür meist stark frequentiert werden, bildet Potsdam eine Ausnahme. Das Schulverwaltungsamt hat sich intensiv mit der demographischen Entwicklung unserer Stadt befasst und erstmals im Vorfeld einer Entscheidungsfindung Schulpraktiker und Kommunalpolitiker in die Diskussion einbezogen. In solchen Beratungen treffen die unterschiedlichen Auffassungen von Bildung hart aufeinander, denn im Kampf um die Schulstruktur bündeln sich die bildungspolitischen Positionen.

Um ein aktuelles Bild darüber zu erhalten, lud die Fraktion DIE LINKE in der StVV am 13.1.09 zu einem Runden Tisch „Welche Bildungslandschaft braucht Potsdam?“ ein. Schülersprecher, Elternvertreter, Lehrer und Schulleiter unterschiedlicher Schultypen Potsdams, Kommunalpolitiker von SPD, Die Andere, FDP/Familienpartei, die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport und mehrere Verwaltungsmitarbeiter folgten der Einladung.

Die Bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gerrit Große, ging in ihrem einleitenden Beitrag darauf ein, dass in der BRD der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulleistung am eklatantesten auffällt, dass das deutsche Schulsystem, statt „begabungsgerecht“ zu fördern und für gleiche Bildungschancen zu sorgen, bestehende Ungleichheit und Benachteiligung verstärkt. Deshalb muss es endlich einen Paradigmenwechsel in der Bildung geben. Hella Drohla, Bildungspolitische Sprecherin der Stadtfraktion DIE LINKE, ging auf die Potsdamer Situation ein. Rund 60% der Sechstklässler des Vorjahres haben den Eignungstest für eine Ausbildung bis zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) bestanden. Sie könnten also nach dem 12. Schuljahr in einem Gymnasium oder nach dem 13. Schuljahr in einer Gesamtschule das Abitur ablegen. Brauchen wir also in Potsdam perspektivisch mehr Gymnasien oder mehr Gesamtschulen? Und das zu einer Zeit, in der das „Schülertal“ in Klassenstufe 10/11 angekommen ist und wir 2010/11 nur 18 11. Klassen in Potsdam haben? Und was wird aus den 40% der anderen Schüler?

Die Diskussion zeigte eine intensive Gesprächsbereitschaft, großes Interesse und Ernsthaftigkeit. Es gibt die guten Erfahrungen Potsdamer Schulen, die ihre Konzepte weiter umsetzen wollen, es gibt aber ebenso Tendenzen von Auslese- und Elitedenken wie auch ernstzunehmende Kritik und Resignation bei Lehrern. Dieser „Stimmungsbericht“ muss nun mit einfließen in das Paket „Schulentwicklungsplanung“. Am 22.1.09 diskutierten die Experten weiter.

Wir sind dabei, und zwar mit den Positionen, die wir in unserem Wahlprogramm 2008, S.8ff, festgeschrieben haben.

Hella Drohla
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Die Emanzipation der Stadtverordneten-versammlung

Nachdem sich die neue Stadtverordnetenversammlung in ihren Sitzungen im vergangenen Jahr konstituiert hat, fand Ende Januar (nach Red.-schluss, d. Red.) die erste Arbeitssitzung statt. Mit 130 Punkten stand eine rekordverdächtige Tagesordnung an. Von den 73 neuen Anträgen wurden 46 von den Fraktionen gestellt. Das hat es nach meiner Erinnerung noch nie gegeben. Ich begrüße dieses aktive Engagement aller Fraktionen, denn nach unserem Selbstverständnis sind die Stadtverordneten eben nicht dazu da, die Verwaltungsvorlagen nur abzunicken, sondern sie geben die Richtung vor. Sie erteilen die Aufträge an den Oberbürgermeister, die dieser dann ausführen muss. Ich kann mir allerdings vorstellen, dass der Oberbürgermeister mit der Bildung einer Rathauskooperation aus SPD, CDU, FDP und Bündnisgrünen andere Erwartungen verbunden hat. Er wollte es eigentlich bequemer haben und sich stabile Mehrheiten sichern, hat aber nicht damit gerechnet, dass jetzt nicht nur DIE LINKE, sondern auch seine Kooperationspartner selbstbewusst ihre Vorgaben an den Verwaltungschef formulieren.

Interessant ist die inhaltliche Übereinstimmung bei einigen Themen, sei es bei der Forderung nach Wiedereinführung des Kleinverbrauchertarifs beim Gas, der Ablehnung der Erhöhung des Schulessengeldes oder bei der Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten. Zu diesen Themen gibt es nicht nur entsprechende Anträge der siebzehn Stadtverordneten der LINKEN, sondern auch Anträge aus den anderen Fraktionen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, schnell zu entsprechenden Mehrheiten zu kommen und das in einigen Fällen umständliche und zeitaufwendige Verfahren über die Ausschüsse zu vermeiden.

Die LINKE ist offen für die inhaltlichen Anliegen der anderen Fraktionen, die entweder allein oder in verschiedenen Kombinationen vertreten werden. Wir erhoffen uns aber auch einen konstruktiven Umgang mit unseren Anträgen, immerhin zwölf an der Zahl, die vom notwendigen Bürgertreff in Potsdam West über die Verhinderung des Einsatzes städtischer Mittel für die Freilegung des Stadtkanals bis zu einer Uferwegekonzeption für die neuen Ortsteile reichen.

Ein solcher gleichberechtigter Wettbewerb um die besten Vorschläge für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt ist anstrebenswert, denn er kann uns nur voranbringen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Informationen helfen, zu einer schnellen Lösung zu kommen

Zur Diskussion über Energiepreisveränderungen / Von H.-J. Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Wenn die Energiepreise tatsächlich unter den Gedanken eines Wettbewerbs zwischen den Fraktionen gestellt werden sollen, wird es der SPD kaum gelingen, dabei der Gewinner zu sein. Dieses sensible Thema sollte aus unserer Sicht nicht unter dem Gesichtspunkt eines Wettbewerbs betrachtet werden. Die Energiepreise sind immer wieder ein Feld für populistische Aktionen. Offensichtlich ist die SPD dieser Versuchung erlegen.

Die Vertreter der LINKEN haben bereits im Dezember des vorigen Jahres im Aufsichtsrat der Stadtwerke den Wegfall des Kleinverbrauchertarifs beim Gas mit der Maßgabe kritisiert, demnächst die Abschaffung der bisherigen Mengenzone 1 zu korrigieren. Zu Beginn des Jahres ist nach inhaltlicher Verständigung in der Fraktion und mit den Stadtwerken ein entsprechender Antrag für die Stadtverordnetenversammlung gestellt worden. Rein zufällig hat sich die SPD-Fraktion in dieser Woche über die gleiche Frage verständigt und ebenfalls einen solchen Antrag eingebracht. Damit ist für dieses Anliegen eine Mehrheit gesichert, die den Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzenden der EWP und die anderen städtischen Aufsichtsratsmitglieder von SPD, CDU und Grüne binden würde. Die Vertreter der LINKEN haben sich ja bereits in diesem Sinne festgelegt.

Neben diesem konkreten Anliegen will die SPD mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung erreichen, dass die städtischen Vertreter bei der EWP dafür sorgen, dass Preisveränderungen bei Gas, Strom und Fernwärme in geeigneter Form gegenüber den Verbrauchern dargestellt werden. Auch das ist bereits im Januar in der Linksfraktion diskutiert worden. Nach unserer Kenntnis ist das jedoch bereits Beschlusslage und es wird entsprechend verfahren. Da die SPD offenbar einen anderen Kenntnisstand hat, sollte das unverzüglich geklärt werden. Dazu hatte DIE LINKE für den Hauptausschuss am 21. Januar (nach Redaktionsschluss, d. Red.) eine entsprechende Information durch den Aufsichtsratsvorsitzenden der EWP, Oberbürgermeister Jakobs, beantragt.

Für uns steht die Frage, warum die SPD diese Möglichkeit nicht auch genutzt hat, denn das ist zweifellos der schnellste Weg, um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.



Familienwegweiser für den Potsdamer Nord-Westen

Ein handlicher Wegweiser mit allen wichtigen Adressen rund um die Familie für Potsdams Nord-Westen ist frisch erschienen. Zu finden ist er in Potsdam West im Labsal, in der Theaterklause, im Gemeindebüro der Erlöserkirchgemeinde, im Kunstgriff 23, im Club 91, in Kitas, im Secondhandmarkt des rückenwind-ASPB e.V. (Haeckelstraße), beim BUND und im Kinderclub Einsteinkids. In Potsdams Norden liegt er aus in der Kulturscheune Marquardt, der Universität Potsdam und in der Apotheke Eiche. Außerdem halten die Macherinnen von PotsKids! (Kontakt: Nicole Luft, luft@potskids.de) viele Exemplare für Interessierte bereit. Der Wegweiser ist in einer Auflage von 5000 Stück erschienen und wird sicherlich bald ein unentbehrliches Heftchen in vielen Familien sein. Der Familienwegweiser ist das erste realisierte Projekt des am 13. Dezember 2008 gegründeten „Lokalen Bündnisses für Familie Potsdam Nord-West". Dem Familienbündnis gehören mittlerweile über 30 Partner an, die sich für ein nachhaltiges familienfreundliches Klima im Potsdamer Nord-Westen einsetzen möchten. Neue Partner und Ideen sind herzlich willkommen. Das erste Treffen des Bündnisses wird am 17. Februar 2009, 17.30 Uhr stattfinden. Der genaue Ort wird rechtzeitig bekannt geben.

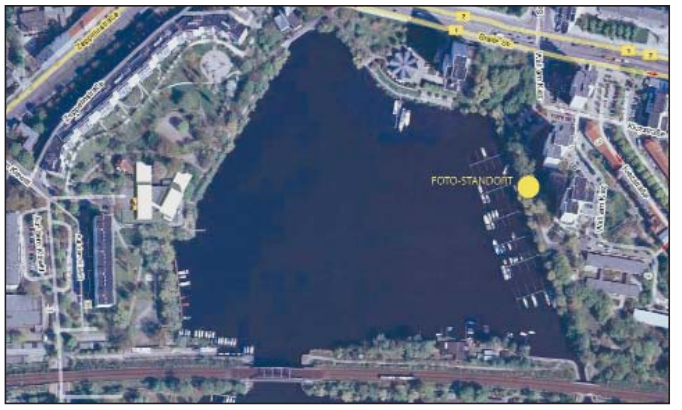
Ansprechpartnerinnen für das Familienbündnis sind für den Norden Potsdams:
Kathleen Riedel, 0178.458 89 99; Claudia Walch, 0178.298 47 99
für den Westen Potsdams:
Dr. Manja Orlowski, 0177.545 37 44 ; Beatrice Volkmer,
kontakt@familienbuendnis-potsdam-nw.de

Areal der Ufergaststätte Auf dem Kiewitt wird bebaut

Lange stehen sie nun schon leer, die Ufergaststätte und ihre Nebengebäude an der Havelbucht im Wohngebiet Auf dem Kiewitt, und warten auf eine Nutzung. Die wird es nicht geben, aber die Eigentümerin, die Treuhandliegenschaftsgesellschaft TLG, hat jetzt einen potentiellen Investor gefunden. Ein Bauantrag bei der Stadtverwaltung ist gestellt und wartet auf seine Genehmigung.

Das Projekt „Pflegeheim und altersgerechtes Wohnen Auf dem Kiewitt" soll 110 Pflegeplätze (dav. 18 Demenzplätze) und 51 Wohnungen für betreutes Wohnen umfassen. Für eine öffentliche Mitnutzung sollen Dienstleistungen wie z.B. Kosmetik, Friseur und auch Restaurant und Café mit Terrasse angeboten werden. Das Haus soll für 20 Jahre an ProCurand vermietet werden, die bereits – und offensichtlich erfolgreich und zufriedenstellend – das Seniorenheim in der Hegelallee betreiben.

Angesichts des rasch anwachsenden Wohnungsbedarfs für ältere und auch pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger in Potsdam ist es dringend geboten, Wohnungen und Betreuungsplätze dieser Art schnell zur Verfügung zu stellen. Das ist auch das Hauptargument dafür, dass sich sowohl in der Fraktion DIE LINKE wie auch im Bauausschuss letztendlich eine Mehrheit für dieses Projekt ausgesprochen hat. Unseres Erachtens ist es ein tragbarer Kompromiss, an diesem Standort einen Baukörper in Staffelbauweise von eingeschossig bis hin zu 3-, 5- und 6-geschossig zu bauen. Wichtig für uns ist, dass geklärt wird, dass die Vermieter der Wohnungen in der Wohnscheibe Am Kiewitt rechtzeitig in die Entscheidung einbezogen



werden. Die Vorstände der Wohnungsunternehmen haben zum Projekt ihre Zustimmung bereits gegeben. Wir wollen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner noch im Februar über das Baugeschehen informiert und ihre möglichen Probleme aufgenommen werden. Baubeginn könnte bereits im kommenden Mai sein. Mit der Inbetriebnahme wird dann im Jahr 2010 gerechnet. Ebenso haben wir die Uferfreihaltung und die Verkehrseinbindung einschließlich ausreichend neuer Stellplätze angesprochen, was vom Bauherrn positiv beantwortet wurde.

Dem künftigen Betreiber haben wir unsere Vorstellung übermittelt, dass es sinnvoll wäre, im Haus auch eine Möglichkeit für einen Bürgertreff für Potsdam West einzurichten. Das würde dem Heim und seiner öffentlichen Akzeptanz zugute kommen.

Eine Frage bleibt: Wird es in Potsdam genügend Pflegeplätze und Angebote für betreutes Wohnen geben, die sich auch Menschen mit geringeren finanziellen Möglichkeiten leisten können und ein Leben in Würde im Alter ermöglichen? Auf eine positive Beantwortung dieser Frage werden wir auch unsere kommunalpolitischen Anstrengungen lenken.

Anita Tack (MdL und StVV, DIE LINKE)



Heimkosten für die Eltern zahlen?

Pflegehotline der Verbraucherzentralen informiert

Wenn Eltern ins Heim müssen, kommen auf die Familie neben der Sorge um die Gesundheit der pflegebedürftigen Menschen auch finanzielle Entscheidungen zu. Mit dem Netzwerk Pflegeberatung bieten die Verbraucherzentralen in Kooperation mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen den Betroffenen eine Anlaufstelle für Fragen wie: Wieviel Geld verbleibt gegebenenfalls dem Partner zu Hause? Wann zahlt das Sozialamt? Welche Auskünfte müssen die Kinder dem Sozialamt gegenüber geben? Wie viel Einkommen muss den Kindern verbleiben? Wird auch Vermögen herangezogen?

Grundsätzlich sind Kinder ihren Eltern gegenüber zu Unterhalt verpflichtet, wenn Einkommen und Vermögen der Eltern nicht ausreichen, um die Pflege zu finanzieren. Diese Verpflichtung tritt jedoch nur dann ein, wenn die Kinder leistungsfähig sind, das heißt, wenn sie selbst über ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen. In den meisten Bundesländern gilt beispielsweise, dass einem Alleinstehenden von seinem Einkommen ein Freibetrag von 1.400 Euro monatlich verbleiben muss, wenn er zum Elternunterhalt verpflichtet werden soll.

Zu der Frage, wann das Vermögen der Kinder vom Sozialamt herangezogen werden kann, sind einige Gerichtsentscheidungen ergangen. Nach der Rechtsprechung müssen Angehörigen die Vermögenswerte belassen werden, die sie für eine angemessene Altersvorsorge vorgesehen haben. Was als angemessen anzusehen ist, hängt jeweils von den Umständen des Einzelfalls ab.

Eine Orientierungshilfe zu Unterhaltsrecht und Sozialhilfe im Zusammenhang mit Pflegethemen gibt die telefonische Beratung der Verbraucherzentralen unter der Nummer

01803 770 500 – mit den Endziffern **1, 2** und **3** (9 Ct/min a. d. dt. Festnetz, Mobilfunk abweichend). Eine individuelle Rechtsberatung zu diesen Themen erfolgt nicht. Ratsuchenden werden auf Wunsch allerdings schriftliche Informationen zugesandt.

Anrufer erhalten zu folgenden weiteren Themen an der Pflegehotline Beratung:

- Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung unter der Telefonnummer 01803 770 500 **-1**
- Heim- und Pflegedienstverträge unter: 01803 770 500 **-2**
- Alternative Wohnformen: 01803 770 500 **-3**

Der Anruf aus dem deutschen Festnetz kostet 9 Cent pro Minute (deutscher Festnetzpreis, abweichender Mobilfunktarif). Die Beratung selbst ist kostenfrei. Die Telefon-Hotline ist montags und mittwochs zwischen 10 und 13 Uhr, sowie donnerstags zwischen 14 und 18 Uhr erreichbar.

ÖPNV-Nutzungspotenziale erschließen

Neues Verkehrskonzept für den Nahverkehr in Potsdam / Seniorenticket ab April 2009

Der Straßenverkehr auf den Bundesstraßen in den Spitzenzeiten am Morgen und zum Feierabend muss vom PKW-Stau weiter entlastet werden, damit auch der Verkehr flüssiger gestaltet werden kann und die Busse des ÖPNV ungehindert ihren Fahrplan einhalten können. Durch eine stärkere Nutzung des ÖPNV in der Landeshauptstadt sind sowohl die neuen Ortsteile besser zu erschließen wie auch verkehrs-, umwelt- und sozialpolitische Verbesserungen bei der Mobilitätssicherung zu erreichen.

Der Oberbürgermeister wurde deshalb per Antrag der LINKEN-Stadtfraktion Anfang Dezember 2008 beauftragt, zusätzliche Potenziale zur verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erschließen. Damit soll u.a. die Stausituation in den Spitzenzeiten auf den Bundesstraßen B1, B2, und B 273 im Stadtgebiet reduziert werden. Die Vorschläge sollen sich insbesondere darauf beziehen, mehr PKW-Verkehr, der die Arbeitsstätten in der Landeshauptstadt zum Ziel hat, durch Möglichkeiten für kombinierte Verkehre von PKW und Umsteigen auf ÖPNV zu vermeiden. Fahrplanreserven beim ÖPNV sind durch neue bzw. weitergehende Angebote zu nutzen.

Zum Entwurf eines neuen Verkehrskonzepts für die Landeshauptstadt, das am 13. Januar vorgestellt wurde, erklärte Anita Tack, Mitglied der SVV und Vorsitzende des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen: „Sehr schnell haben der ViP und die Stadtverwaltung auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung reagiert. Das nun vorliegende Konzept für den öffentlichen Verkehr in der Stadt bietet neue Ansatzpunkte, den PKW-Verkehr, der die Arbeitsstätten in Potsdam zum Ziel hat, durch die Verbesserung der Möglichkeiten zum Umsteigen auf den ÖPNV zu reduzieren. Bessere Bus-Anbindungen und deren optimale Verknüpfung mit S- und Straßenbahn soll es auch zu den Uni-Standorten in Golm und Griebnitzsee geben und zu den neuen Ortsteilen."

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen hat in seiner Sitzung am 13.Januar darüber beraten. Die nun anschließende vorgesehene öffentliche Diskussion in Bürgerforen und im Internet wird ganz bestimmt dazu beitragen, dass noch weitere Möglichkeiten und Ideen erschlossen werden können. „Das ist der richtige Weg, um verkehrs-, umwelt- und sozialpolitische Verbesserungen bei der Mobilitätssicherung in der Landeshauptstadt zu erreichen", so Tack.

Mehr Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln wird es auch geben, wenn es noch bessere Tarifangebote geben wird, so zum Beispiel ab 1.4.2009 ein im gesamten Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg geltendes Seniorenticket für 45 Euro/Monat. Dafür hat sich DIE LINKE auch im Landtag stark gemacht.





Bürgertreff in Potsdam West endlich in Sicht?

Seit einigen Jahren geht es immer wieder um einen Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern: Wo können sich Vereine und Initiativen treffen, wo kann man kleinere Veranstaltungen durchführen, wo trifft man sich einfach mal so, wenn es nicht gerade auf dem Luisenplatz sein soll? Natürlich in einem Bürgertreff! Dieses Anliegen hat unsere Fraktion vor etwa sechs Jahren aufgegriffen. Wir stellten einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung – und das mit Erfolg, denn er fand parteiübergreifend eine große Mehrheit. Die Beschlusslage führte aber noch lange nicht zur Realisierung, obwohl immer darüber gesprochen wurde. Im vergangenen Jahr gab es noch einmal eine gewisse Rückversicherung. Auf CDU-Antrag wurde das ganze Anliegen sicherheitshalber noch einmal beschlossen. Verbunden damit war die Maßgabe, mit den aktiven Vereinen und Interessierten den Diskurs zu führen. In der Zwischenzeit sollten geeignete Räume oder Häuser gesucht werden. Bislang blieb dies ohne Erfolg.

Es musste also ein anderer Ansatzpunkt gefunden werden. Als öffentlich wurde, dass am Havelufer gebaut werden soll und dort Neubauten für betreutes Wohnen (siehe Seite 6, d. Red.) entstehen werden, reifte die Idee, ob Neubau und Bürgertreff zu verknüpfen wären. Im Übrigen hätte man zugleich auch ein schönes Umfeld am Wasser. Bauherr ist die TLG, die gemeinsam mit dem künftigen Betreiber des Hauses das Gesamtprojekt in der Fraktion DIE LINKE vor einigen Tagen vorgestellt haben. Mit der Idee „Bürgertreff" konfrontiert, zeigten sich alle Beteiligten sehr aufgeschlossen. Klar war ebenso, dass Genaueres noch besprochen werden muss. Für die Stadtverordnetenversammlung wird dieses Thema durch einen Antrag von uns gestellt. Wir schlagen vor, dass die Bauverwaltung mit dem Investor dafür die notwendigen planerischen Voraussetzungen schafft.

Zur Stadtteil-Konferenz Potsdam-West im Januar haben wir diesen Vorschlag in die Debatte zur Gesamtentwicklung des Wohnbereichs eingebracht. Eine weitere gute Idee war dort auch, einen Stadtteilmanager für das gesamte Areal einzusetzen. Diesen Auftrag hatte die Verwaltung von unserer Fraktion für alle Stadtteile erhalten. Es wäre zu begrüßen, wenn dazu bald ein Konzept auf den Tisch kommt, das diese Vorstellung realisiert.

Übrigens eine von vielen auf der Konferenz geäußerten Ideen fand ich wirklich Klasse: Sommersonntagsfrühstück im Juni draußen auf der Straße. Ich hoffe, viele Nachbarn haben Appetit.

Über weitere Ergebnisse hält Sie PaS auf dem Laufenden. Man kann optimistisch sein, dass der Dauerbrenner in absehbarer Zeit zum guten Ergebnis kommt.

Dr. Karin Schröter
stellv. Fraktionsvors. der Fraktion DIE LINKE

„klEinstein“ am Neuen Palais

Eine Betriebskindertagesstätte entsteht/Von Martina Günther und Steffen Siegert

Im Juni 2006 begann das Studentenwerk Potsdam mit der Suche nach einem freien Träger für sein Vorhaben einer Betriebskindertagesstätte am Standort Neues Palais. Ort und Raum für die neue Betriebskindertagesstätte sollte das Erdgeschoss des Studentenwohnheims in der Kaiser-Friedrich-Straße 135, der ehemalige Studentenklub T1, sein.

Mehrere Bewerber präsentierten ihre pädagogischen und wirtschaftlichen Konzepte, und nach einem intensiven Auswahlverfahren stand die Kinderwelt Potsdam gGmbH als Träger der Einrichtung fest.

Anschließend starteten die konkreten Vorbereitungen. Ein Planungsbüro erarbeitete im Gros die Baupläne für erste Abstimmungen zwischen Studentenwerk, Träger und Architekten.

Wie sieht das Raumkonzept aus? Welche Anforderungen stellt man an die Außenanlage? Wie wird die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule und der Universität geplant? Diese ersten Fragen wurden zur Arbeitsgrundlage.

Nach einer weiteren Ortsbesichtigung im Juli mit den Bauplänen des Architekten in den Händen war es für alle schwer vorstellbar, wie aus dem ehemaligen Studentenklub eine Kindertagesstätte werden sollte. Alles dunkel, verwinkelt, kleine Räume – einfach noch keine Kita. Nun waren die Planer gefragt, sich der Räume anzunehmen, sie kindgerecht und funktional zu gestalten.



Parallel begann die Arbeit an der Einrichtungskonzeption. Eins stand hierbei für das Kernteam aus Pädagogen fest: Wir wollen offen arbeiten, damit die Kinder die freie Entscheidung haben, womit sie sich beschäftigen wollen und mit wem sie spielen. Offen arbeiten heißt: Die Kinder können sich in der Kita frei bewegen und in allen Räumen mit allen anderen unterschiedlicher Altersgruppen spielen, gestalten und experimentieren. Eine großzügige Planung gewährt ihnen dabei viel Raum für ihre Ideen und Interessen. Sie bietet sich wunderbar an, Funktionsräume einzurichten, um alle Bildungsbereiche optimal zu bedienen.

Im Oktober 2006 begann die zweite Etappe der Konzeptionsplanung mit der Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule Potsdam und dem Träger. Gemeinsam mit Prof. Dr. Staats und seinen StudentInnen wurde an der Konzeption für die Kita gearbeitet. Zwei



Werkstatttage mit dem Thema: „Wie entsteht eine Kita-Einrichtungskonzeption“ ließen das Projekt Betriebskindertagesstätte ‚klEinstein‘ inhaltlich wachsen. Überaus kreative Vorschläge, wie ein Hochbett als Schlafebene, ein Aquarium, ein Indoorsandkasten, eine Kletterwand oder ein Sinnesweg, bereicherten das Konzept, wenn auch später manchmal in etwas abgewandelter Form.

Anfang Oktober 2007 war es soweit, die ersten Kinder zogen ein. Auf dem Außengelände ist inzwischen neben einem Wasserspielplatz eine Bobbycarbahn mit richtigen Verkehrsschildern entstanden. Eine echte mongolische Jurte ist im Sommer Schattenspender und Raum kultureller Entdeckungen zugleich. Sahnehäubchen wird die für dieses Jahr geplante Märchensauna im Keller des Hauses.

Seit der offiziellen Eröffnung im November 2007 werden in der Kita etwa 60 Kinder im Alter von 2 Monaten bis 6 Jahren betreut. Flexible Öffnungszeiten und die offene Arbeit werden sehr gut angenommen. Sie bietet den Kindern vor allem die Möglichkeit, in verschiedenen Projekten wie Theaterpädagogik, bilinguale Erziehung, Kneipp, Kindersport und vielem mehr von Groß wie Klein zu lernen. Nicht zuletzt trägt das altersübergreifende Miteinander als Spaß- und Lernfaktor zum täglichen Kitabetrieb bei.

Sie fragen – wir antworten

Heute: Barrierefreier Zugang zum Bahnhof Charlottenhof



Unser Leser Bernhard H., Potsdam-West, schrieb uns: Noch immer ist der Bahnhof Charlottenhof nicht für alle Bürger nutzbar – er ist nicht barrierefrei. Es ist bis heute kein Fahrstuhl eingebaut. Deshalb meine Frage: Was ist eigentlich aus dem diesbezüglichen Antrag der LINKEN aus dem letzten Jahr geworden?

Bereits im Mai vergangenen Jahres beschlossen die Potsdamer Stadtverordneten, dass der Oberbürgermeister sich bei der Deutschen Bahn kundig machen soll, bis wann der barrierefreie Zugang des Bahnhofes Charlottenhof zur Zufriedenheit aller Nutzer umgesetzt werden kann. Dazu zählen auch Familien mit Kinderwagen oder im Gehen beeinträchtigte Bürger.

In einer kurzen, aber sehr aussagekräftigen Mitteilung wurde am 10. September 2008 schriftlich darüber informiert, dass im Kalenderjahr 2009 der barrierefreie Zugang der Bahnsteige am Bahnhof Charlottenhof nach Auskunft des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg geplant ist. Die Finanzierung wird durch die Bahn geprüft.

Diese Information war eine positivere Aussage als die einer Vertreterin der Deutschen Bahn auf dem Potsdamer Behindertenforum im April 2008. Dort wurde noch von einer Planung innerhalb der nächsten fünf Jahre gesprochen. Diese Auskunft konnte keinen der anwesenden Besucher zufriedenstellen.

Das Jahr 2009 ist zwar noch jung an Tagen, doch die Bahn müsste ihren Investitionsplan schon fertig haben. Was also hindert uns daran nachzufragen, ob die Finanzierung der Herstellung der Barrierefreiheit am Bahnhof Charlottenhof auch tatsächlich gesichert ist? Wir denken, die Frage ist berechtigt. Dieses Thema sollte unseres Erachtens auch auf dem nächsten Stammtisch der Stadtteilkonferenz Potsdam-West diskutiert und aktiv begleitet werden.

Jana Schulze
Sozialpol. Sprecherin

Ihre Abgeordneten im WAHLKREIS II:

Potsdam-West und nordwestliche Ortsteile



Dr. Karin Schröter

Kultur für alle.
53 Jahre, verheiratet, eine Tochter. Beruf: Lehrerin für Mathematik und Physik
Tätigkeit: Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
Interessen: Kunst- und Architekturgeschichte, Aquarell- bzw. Pastellmalerei
Telefon: 0173/6008252 oder 0331/966-1539
Mail: karin.schroeter@dielinke-fraktion.brandenburg.de
Anschrift:
Paul-Wegner-Str. 9
14480 Potsdam
Ausschüsse:
Vorsitz Kulturausschuss



Ralf Jäkel

Ich will meine Heimatstadt Potsdam lebenswert, durchgrünt und sozial gerecht mitgestalten und kommunale Entscheidungen nicht anderen überlassen.
48 Jahre, verheiratet, 2 Töchter
Diplom-Ingenieur
Interessen: Stadtentwicklung, Garten, Modelleisenbahn, ...
Anschrift:
Baumhaselring 82
14469 Potsdam
Ausschüsse:
Stellv. Vorsitzender Klima, Ordnung, Umweltschutz u. Entwicklung ländlicher Raum
Stellv. Mitglied Stadtplanung u. Bauen
Stellv. Mitglied Rechnungsprüfung
Ortsbeirat Eiche



Dr. Gabriele Herzel

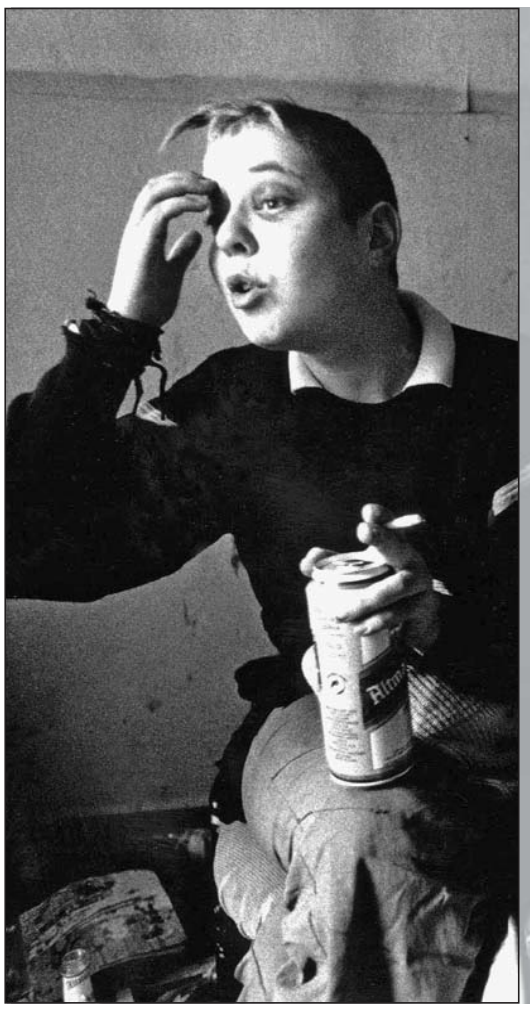
Für ein Miteinander der Generationen in unserer älter werdenden Stadt, für mehr demokratische Teilhabe der Älteren an sozialpolitischen Entscheidungen.
61 Jahre, Verheiratet, zwei Kinder, zwei Enkel, Lehrerin, z. Zt. arbeitslos
ehrenamtlich Vorsitzende der Volkssolidarität Regionalverband Potsdam-Mittelmark und Bereich Potsdam-Stadt
Interessen: Literatur, Theater, Bildende Kunst, sozialpolitische Interessenvertretung älterer Bürger

Ausschüsse:
Mitglied Gesundheit u. Soziales
Stellv. Mitglied Bildung u. Sport

Wer war dabei? Wer erinnert sich? Wer schreibt?

Vom 26. bis zum 30. Mai 1950 fand in Berlin das erste Deutschlandtreffen in einer politisch bewegten Zeit statt. Noch standen in der DDR der Kampf um ein einheitliches Deutschland und der Abschluss eines gerechten Friedensvertrages auf der Tagesordnung – gleichzeitig wurde eine wachsende Kriegsgefahr durch den „angloamerikanischen Imperialismus“ heraufbeschworen.

Das Deutschlandtreffen 1950 war das erste große Jugendtreffen von nationaler Bedeutung nach dem Krieg. Auch die Potsdamer Jugendlichen leisteten – mit Unterstützung der Parteien und Organisationen – ihren Beitrag zur Vorbereitung. Zahlreiche FDJ-Mitglieder nahmen daran teil und erlebten die Auseinandersetzungen in Berlin-West. Wer erinnert sich an diese Tage? Wer ist noch im Besitz von Bild- und Schriftdokumenten jener Zeit? Wer kann darüber berichten?
Die Redaktion nimmt gern Meldungen dazu entgegen.



Wohnungslose Jugendliche – selbst schuld?

Am 16. Dezember berichtete eine Potsdamer Tageszeitung, dass sich die Zahl der obdachlosen Jugendlichen in Potsdam binnen eines Jahres verdoppelt hat. Im Obdachlosenheim am Lerchensteig stieg die Zahl der dort lebenden Menschen unter 27 Jahren auf 14 an. Am 29. 12. 2008 erklärte die Potsdamer Beigeordnete für Soziales, Elona Müller, auf Nachfrage derselben Zeitung, dass sie sich die gestiegene Zahl der obdachlosen Jugendlichen in Potsdam damit erkläre, dass sich der Kreis derer zu verdichten scheine, „bei denen Lebensbildung erst einmal wichtiger ist als Berufsausbildung“. Damit sagt sie, dass die Jugendlichen selbst an ihrem Schicksal schuld seien und dass sie sich mehr oder weniger ausgesucht hätten, jetzt im Obdachlosenheim Unterkunft suchen zu müssen. Die Sozialbeigeordnete müsste es besser wissen: In Potsdam sind die Lebenshaltungskosten im Jahr 2008 enorm gestiegen. Die Mieten sind hoch und Kautionen können von Menschen mit geringem Einkommen kaum noch bezahlt werden. Nicht ein unerklärlicher Drang nach Freiheit, sondern soziale Barrieren und eine unzureichende Betreuung von Problemfällen sind u. a. Gründe dafür, dass junge Menschen in Potsdam in die Wohnungslosigkeit getrieben werden. Die Beigeordnete sollte anerkennen, was Soziologen schon lange wissen: Es gibt in den unteren Schichten eine Chancenlosigkeit „qua Geburt“ in unserer Gesellschaft. Erst dann wird sie vernünftige Instrumente entwickeln können, gegen diesen Umstand etwas zu unternehmen. Einfach nur mit dem Finger auf die Betroffenen zu zeigen, ändert an der schlimmen Situation überhaupt nichts.

Ronny Besançon,
Ausschuss für Gesundheit und Soziales der StVV Potsdam

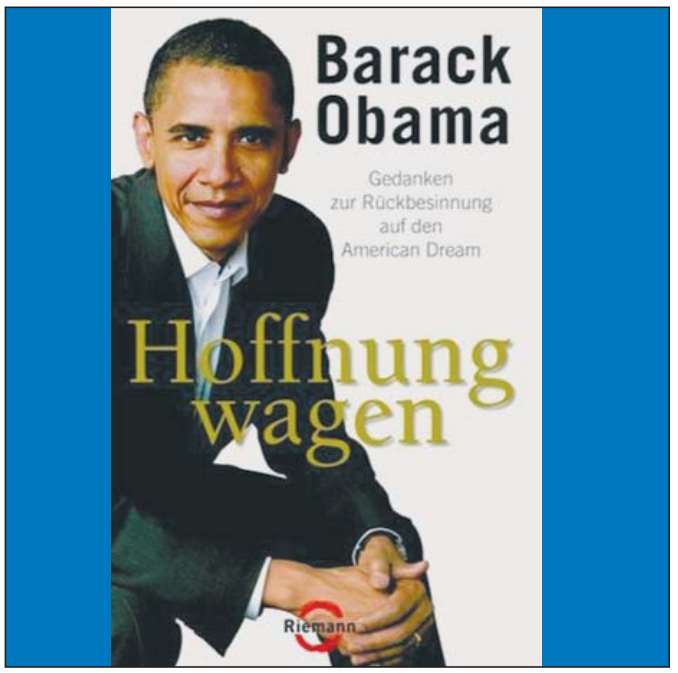
Obama-Zitate:

„In der Eigentümergesellschaft wird nicht einmal versucht, die Risiken und Chancen der neuen Wirtschaftsordnung auf alle Amerikaner zu verteilen. Stattdessen wird einfach die ungleiche Verteilung der heutigen Gesellschaft, in der der Gewinner alles bekommt, ausgeweitet. Wer gesund und reich ist oder einfach Glück hat, dem wird auch noch gegeben. Wer arm und krank ist oder einfach Pech hat, findet weit und breit niemanden, der ihm hilft. ... Das... ist ganz gewiss kein Rezept für sozialen Zusammenhalt.... So ein Volk sind wir Amerikaner nicht."

„Der vielleicht größte Politiker dieser Zeit war Ronald Reagan, dessen kompromissloser Antikommunismus offenbar nur durch seine Blindheit gegenüber den anderen Unglücksursachen dieser Welt übertroffen wurde."

Barack Obama – Hoffnung wagen

Die USA haben einen neuen Präsidenten: Barack Obama. Vor allem bekannt, die vielen Besonderheiten, die seine Person ohne Zweifel ausmachen. Die Hautfarbe, das Charisma, die soziale Kompetenz – und Umfragen zufolge wollten fast alle Deutschen ihn statt George Bush. Letzteres ist nicht erstaunlich und hat wohl fast jedem anderen Kandidaten einschließlich dem Republikaner McCain gegolten. Auch hinsichtlich der Hautfarbe sind die Vereinigten Staaten inzwischen weiter, als mancher sich im ach so fortschrittlichen Europa vorstellen kann. Spätestens mit Colin Powel und Condoleezza Rice waren schon unter republikanischer Herrschaft afroamerikanische Spitzenpolitiker im Amt. Dass Obama außergewöhnlich sympathisch und eloquent auftritt, ist unbestritten ein in der medial gesteuerten Welt entscheidender Vorteil. Zugute kommt ihm auch, dass er nicht in jahrelangen Kämpfen des Establishments abgeschliffen ist, wie es die Favoritin im demokratischen Lager Hillary Clinton betraf. Aber haben die Schwäche seiner Kontrahenten und der richtige Zeitpunkt für den Wechsel (change) gereicht? Eine hypothetische Frage und angesichts einer drohenden Weltwirtschaftskrise auch etwas rückwärts gewandt. Aber eine Frage, die von Bedeutung ist, wenn man wissen will, was vom neuen Präsidenten zu erwarten ist. Auch hier hatte Barack Obama einen wichtigen Vorteil. Seine Zukunftsvorstellungen waren seit 2006 in „Hoffnung wagen" nachzulesen. Nun muss bei weitem nicht das, was dort geschrieben steht, je in praktische Politik umgesetzt werden. Aber zumindest lässt sich nachlesen, wofür Obama zum Präsidenten gewählt wurde. Es ist davon auszugehen, dass dieses Buch bereits mit dem Ziel geschrieben wurde, eine Präsidentschaftskandidatur zu begleiten – wie wir heute wissen, sehr erfolgreich. Aber – dieses Buch ist nicht nur deshalb interessant, sondern es ist tatsächlich lesenswert. Es gibt uns – auch den LINKEN – Aufschluss darüber, wie linke Politik überzeugend an die Frau und an den Mann gebracht werden kann. Barack Obama trifft sowohl den inhaltlichen Kern der Erwartungen einer breiten Bevölkerungsschicht als auch den richtigen Ton. Er ist weder agitatorisch noch besserwisserisch, er ist nie einseitig, sondern ausgesprochen dialektisch. Zwei Aspekte seien als ausgesprochene Stärke hervorgehoben: Das absolut glaubwürdige soziale Engagement und der Blick auf die amerikanische Geschichte (siehe Marginalie). Weniger hoffnungsvoll seine außenpolitische Sichtweise. Sie ist geprägt von amerikanischem Patriotismus. Irakkrieg nein, Afghanistankrieg ja – eine Sichtweise, die zwar besser ist als die seines Vorgängers, aber nicht wirklich hoffnungsvoll. Den Menschen Obama erlebt man bescheiden und humorvoll. Votum: unbedingt lesen. *-ph-*



Kanzlerin im Zwiespalt zwischen Biografie und Amt

Matthias Krauß las aus seinem Buch über Angela Merkel in der „Leseecke"

Wenn heute über Angela Merkel geredet wird, dann vor allem über ihre Krisenbewältigung. Und wie sich die oberste Managerin des bundesdeutschen Staates dabei in der Weltöffentlichkeit präsentiert, hat seine Gründe. Der Journalist Matthias Krauß ist überzeugt davon, die Gründe in der DDR-Herkunft der ersten deutschen Kanzlerin gefunden zu haben. Er hat ein Buch geschrieben, noch vor der Wahl 2005, als Angela Merkel von der CDU als Kanzlerkandidatin aufgestellt worden ist. „Das Mädchen für alles – Angela Merkel, ein Annäherungsversuch" hat er es genannt. Keine Biografie, wie bereits sechs andere Bücher, betont er, eben der Versuch, dem Wesen der Person nahezukommen, die auf dem Weg ist, ihre Position auch bei den diesjährigen Bundestagswahlen zu verteidigen.



Bei der Lesung aus seinem Buch in der „Leseecke" in der Alleestraße verteidigte Matthias Krauß seine Überzeugung, dass es kein Zufall war, dass die unscheinbare junge Frau aus dem Osten diesen Weg nahm. In 27 Kapiteln geht er in seinem Buch solchen Fragen nach, wie Angela Merkel schon in der DDR so wurde, wie sie heute ist, wie sie vom Pionier und FDJ-Funktionär zur Bundeskanzlerin wurde, wie sie in Ost und West gesehen wird und letztlich, wie sie selbst mit ihrer Biografie umgeht. „Sie hat einen geraden Weg genommen bis zur Promotion, unauffällig, gar nicht widerständlerisch – der lebendige Beweis dafür, dass man – im Gegensatz zur heute gängigen Beschreibung – als Pfarrerstochter, ohne Parteizugehörigkeit und MfS-Kontakte, sehr wohl eine Entwicklungschance hatte", erklärte Matthias Krauß. In diesem Zwiespalt lebe sie heute noch: in ihrer Position die DDR hassen zu müssen, aber ganz gern in ihr gelebt zu haben.

Bis hin zum gewohnten Frühaufstehen und der Wortwahl habe sie ihre Vergangenheit in der DDR nicht ablegen können. Ihre Vorgeschichte habe Angela Merkel die Voraussetzung gegeben, als Ausweg aus der Krise der CDU erkannt worden zu sein – unbelastet von Verfilzungen, mit anderem, teils wissenschaftlichem Herangehen, anderer Logik, anderer Sprache.

Matthias Krauß hat ein lesenswertes Buch geschrieben, das den linken Standpunkt nicht verbirgt, niemals unter die Gürtellinie geht und gerade an diesem Beispiel auf eigenartige Weise ostdeutsches Selbstbewusstsein transportiert.

- rd -



„Widerstand gegen das Naziregime aus religiöser Motivation“

So lautete das Thema eines Kolloquiums, das vom „Deutschen Mauthausen Komitee Ost e.V.“ (ehem. Deutsche Lagergemeinschaft ehem. Häftlinge des KZ Mauthausen, Hinterbliebene und Freunde) am 15.November 2008 im Alten Rathaus in Potsdam organisiert und durchgeführt wurde (Fotos). Sebastian Gerhard von „Topografie des Terrors“, Berlin, gab eine gelungene Einstimmung mit Fragen und Antworten zu dem Komplex, ob und in welchen Formen Menschen mit religiöser Motivation in den Widerstand gingen.

Erst wenige Tage zuvor hatte ich ein Gespräch mit einem Kirchenmann in Nordhausen, der sich seit längerem mit Kirchengeschichte seiner Heimatstadt beschäftigt. Sein Urteil über das Verhältnis Kirche und NS-Staat war für mich verblüffend, aber eindeutig: Je mehr er sich mit der Geschichte beschäftige, umso mehr schäme er sich als Christ für seine Kirche.

Die Referenten des Kolloquiums gaben ihm Recht. Die Kirchenhierarchie der evangelischen Kirche begrüßte das NS-Regime (Dibelius) und tat alles, um die Kirche „gleich zu schalten“ mit Hilfe von Vorgängen, die für deren Mitglieder nicht leicht durchschaubar waren: vorgezogene Wahlen zu den Kirchenräten, um dem System genehme Leute an die Spitze zu bringen, und z.B. die Gründung der „Glaubensgemeinschaft Deutscher Christen“, um die evangelische Kirche von innen auszuhöhlen.

Gewiss war das eine wichtige These, die von den Referenten übereinstimmend in die Diskussion gebracht wurde. In gleicher Weise übereinstimmend verwiesen sie darauf, dass ein sehr differenziertes Bild entsteht, wenn man die Haltung „der Christen“ im Lande untersucht. Freilich, eine organisierte Widerstandsbewegung gegen den Faschismus wird man vergebens suchen. Aber – je nach Interpretation des Begriffs „Widerstand“ – finden wir durchaus mutige öffentliche Handlungen einzelner Kirchenvertreter gegen den totalitären Anspruch des Staates –, aber nicht, ohne zugleich den eigenen Anspruch als Kirche zu formulieren. Sehr zaghafte Ansätze gab es auch gegen die Vernichtungspolitik gegenüber jüdischen Mitbürgern und gegen die Euthanasie-Verbrechen der Nazis. In



der Diskussion wurde z.B. das mutige Aufbegehren des Pfarrer Hasse aus Nowawes genannt.

Obgleich sich nicht wenige in der „Bekennenden Kirche“ als einer kirchentreuen Organisation versammelten, war ihre objektiv wirkende Opposition nicht gewollt. Der zweite Referent des Kolloquiums, Dr. Werner Bethge (Historiker, Potsdam): „ ... bekennende Christen wurden in eine Opposition gezwungen, die sie gar nicht wollten...“. Er analysierte Zusammensetzung und Rolle der „Bekennenden Kirche“ in Potsdam und Nowawes und kam zu dem Schluss, dass die tragenden Kräfte in Potsdam Angehörige des Adels, mittlere und höhere Beamte und „Stahlhelm“-Mitglieder waren, die sich halbherzig zu den Fragen der Zeit verhielten, z.B. keine Gegnerschaft zum Krieg erkennen ließen. Hauptsächliche Kritikpunkte staatskritischer Christen waren die Maßnahmen zur Anwendung germanischer Regeln auf das Christentum und die Auflösung klassischer Kirchenstrukturen. Dagegen sammelten sie sich in Gruppierungen, wie in den sog. „Brudergemeinden“ und den „Pfarrernotbünden“. Letztere erwiesen sich nach Ansicht Werner Bethges als „Offiziere ohne Soldaten“.

Die sich unter offiziellen Strukturen sammelnden Oppositionellen („Rote Karte“, „freie Synoden“) standen unter ständiger, aufmerksamer Beobachtung durch den Staat.

Sebastian Gerhardt stellte den Begriff „Motivation“ wiederholt in den Mittelpunkt und fragte: Gibt es Widerstand ohne Motivation? Andererseits beinhalte aus seiner Sicht Religion vielfältige Motivation für Widerstand, oder Handlungen, die objektiv dem Widerstand zuzurechnen sind. Er verwies auf die große Zahl der Opfer aus der Verfolgtengruppe der „Zeugen Jehovas“.

Der gebürtige Augsburger Julius Bursche wurde als evangelischer Bischof in Polen (Krakow) wegen „deutschfeindlichen Verhaltens“ angeklagt und in das KZ Mauthausen deportiert.

1945 waren noch 4 deutsche Geistliche in Mauthausen inhaftiert.

Ihre Biografien sind noch weitgehend unerforscht. Das Deutsche Mauthausen Komitee Ost e.V. (ehem. Deutsche Lagergemeinschaft Mauthausen) stellt sich als eine der Aufgaben die weitere Forschung zu dieser Gruppe von Opfern des Faschismus im KZ Mauthausen.

Das Fazit der Veranstaltung: Das Kolloquium war dank der anregenden Impulsreferate ein erfolgreicher Anfang, um das Thema „Widerstand aus religiöser Motivation“ zu untersuchen – mit Blick auf deutsche Häftlinge im KZ Mauthausen. Denn – auch das wurde im Kolloquium deutlich – die Haltung der deutschen Kirche und Christen gegenüber dem NS-Regime unterschied sich sehr von der Haltung der Kirche in den von Deutschland okkupierten Ländern.

Im Mai 2009 stehen die Befreiungsfeierlichkeiten in Mauthausen und seinen zahlreichen Nebenlagern unter dem Thema „Widerstand aus religiöser Motivation“.

Das Deutsche Mauthausen Komitee Ost e.V. lädt alle Interessierten zur weiteren Diskussion über dieses Thema, zu dem auch eine Fortsetzungsveranstaltung im März 2009 geplant ist, herzlich ein.

Wir danken allen, die am Gelingen des Kolloquiums beteiligt waren, besonders auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg für die materielle Unterstützung

. *Dr. Ludwig Einicke*

„Wirtschafts- und Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen und Alternativen“

Dieses Thema ist Gegenstand einer Veranstaltung des Potsdamer Kreisverbandes der Partei DIE LINKE.
am Dienstag,
dem 10. Februar 2009
Beginn 18:00 Uhr
in der Alleestr.3,
14469 Potsdam
Als Referent steht Michael Schlecht, Mitglied des Parteivorstandes und gewerkschaftspolitischer Sprecher der LINKEN, zur Verfügung.

„Das Wahljahr 2009 steht im Zeichen der schwersten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit 60 Jahren. Die Prognosen des Wirtschaftswachstums rauschen nach unten... Schwerste soziale Erschütterungen mit erheblichen politischen Verwerfungen sind zu gewärtigen. Alles droht in kürzester Zeit abzulaufen. Fast wie im freien Fall. Die persönliche Betroffenheit ist noch begrenzt. Dies führt verbreitet zu einer Unterschätzung, ja zum Teil zur Ignoranz des Kommenden... Kurzfristig ist eine deutlich höhere Neuverschuldung unvermeidbar. Aber die Perspektive muss heißen: Profiteure zur Kasse! Durch die 5-prozentige Millionärsteuer auf das Vermögen. So können alleine 80 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Das steuerpolitische Konzept der Linken sieht darüber hinaus weitere 80 Milliarden Euro zu Lasten Reicher und Vermögender vor. So kann damit begonnen werden, die Enteignung von Millionen arbeitender Menschen wieder rückgängig zu machen. Um rund eine Billion Euro sind sie in den letzten zehn Jahren enteignet worden; durch zu geringe Lohnerhöhungen und Ausplünderung der Staatskasse.“

(Michael Schlecht im Neuen Deutschland vom 23. Dezember 2008)

Zweifacher Dank an die Eltern

Wittenberger Steffen Kludt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgezeichnet

Dass ein Ausgezeichneter zum Beginn seiner Dankesrede zuerst seinen Eltern dankt, ist man bei Medienstars von Hollywood bis Berlin gewohnt. Dass ein Student dies mit herzlichen Worten nach erfolgreichem Abschluss des Staatsexamens tut, ist eher ungewöhnlich – aber Steffen Kludt tat dies bei der Auszeichnung mit dem Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht nur aus dem Gefühl der Dankbarkeit gegenüber seinen Eltern, die ihm mit Entbehrungen das Lehrer-Studium ermöglicht hatten. Er stamme aus einer „ganz normalen Arbeiterfamilie“, erzählte er, und das sei heute an der Uni Potsdam nicht mehr so selbstverständlich.

„Warum bin ich so geworden, wie ich bin“, hat er sich gefragt und schließlich eine wissenschaftliche Arbeit zum Abschluss seines Gymnasium-Lehrerstudiums für Geschichte und Politische Bildung an der Universität Potsdam geschrieben, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg für wert befunden wurde, mit dem Förderpreis ausgezeichnet zu werden. Seit acht Jahren wird der Förderpreis vergeben, bei dem jährlich eine wissenschaftliche Arbeit damit ausgezeichnet wird, dass die Stiftung die Arbeit als Buch herausgibt.

„Am Ende des Fortschritts? ‚Sozialismus in den Farben der DDR‘ Eine generationsgeschichtliche Perspektive“ liegt jetzt als Buch vor (ISBN: 978-3-935530-77-4).

Steffen Kludt, Jahrgang 1978, Abitur 1998 am Wittenberger Gymnasium, passt eigentlich nicht ganz in das Schema, das er sich selbst erarbeitete. Aus umfangreichen Quellenstudien schlussfolgert Kludt am Ende seiner Arbeit, dass die 89er-Generation als „Wandler zwischen den Welten“ sich zwar als Bundesbürger fühle, ohne aber ihre emotionale Bindung an die DDR aufzugeben. Seit etwa der Jahrtausendwende sei beobachtbar, dass sich, nach dem Zurechtfinden in der neuen Welt, vor allem bei den Frauen aus der selbst erlebten oder übermittelten DDR-Erfahrung eine steigende Unzufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen entwickelt, ohne allerdings aufzubegehren.

Wie Steffen Kludt die Generationserfahrung seiner Eltern mitgenommen und seine eigenen dazu getan hat, unterscheidet ihn vielleicht von denen, die sich abfinden. *-r. dyk -*



Der Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Prof. Dr. Siegfried Prokop, überreichte den Förderpreis.

Keine Panik bei schlechten Noten

Zwischenzeugnisse an den Schulen

Anfang Februar gibt es die Zwischenzeugnisse – für manche Eltern ein böses Erwachen. Trotzdem sollte man auch im Angesicht so mancher 5 oder gar 6 im Zwischenzeugnis nicht in Panik ausbrechen. Das meint jedenfalls der Leiter des Nachhilfeinstituts ABACUS, Siegmar Schulz. „Schimpfen oder Strafen bringen in einer solchen Situation gar nichts, denn kein Kind bekommt gerne schlechte Noten.“ Vielmehr sind jetzt Geduld und Fingerspitzengefühl gefragt, um den Druck nicht noch weiter zu vergrößern und trotzdem die schlechten Noten möglichst rasch und nachhaltig zu verbessern.

Dazu stellt das ABACUS-Nachhilfeinstitut den Schülern ein Team von über 250 hochqualifizierten Nachhilfelehrern zur Verfügung, die im gesamten Landkreis Einzelnachhilfe beim Schüler zu Hause erteilen. Gerade durch den Einsatz intensiver, häuslicher Einzelnachhilfe können Wissenslücken effektiv geschlossen und die Motivation des Schülers erfolgreich geweckt werden. Die Noten verbessern sich dann fast automatisch.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der kostenlosen Hotline 0800-1224488 (aus dem Festnetz) oder unter www.abacus-nachhilfe.de.



So macht lernen Spaß...

• tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 03.02.2009, 14.00 Uhr
„Musikalischer Rätselnachmittag“. Ein musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. **Dahlweid

Freitag, 06.02.2009:
Info-Stände der LINKEN
14.00 Uhr Markt-Center, Breite Straße
14.30 Uhr Kepler-Platz, Am Stern
15.00 Uhr Rathaus Babelsberg
16.00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz

Sonnabend, 07.02.2009:
Info-Stände der LINKEN
10 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld
10 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz
10 Uhr REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost

Montag, 09.02.2009, 14.30 Uhr:
„Von den Rockys bis zur Arktis“. Ein Spaziergang mit Karl Kreutz. **Dahlweid

Dienstag, 10.02.2009, 18.00 Uhr:
Einladung zum Potsdamer Linkstreff. Michael Schlecht über die aktuelle Krise und alternative Lösungen. *(Siehe linke Spalte)*

Dienstag, 10.02.2009, 17.00 – 18.30 Uhr:
Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Bürgerbüro, Galileistr. 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen), Am Stern. Voranmeldungen unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Dienstag, 10.02. 2009, 14.30 Uhr:
„Ans andere Ende der Welt – Reise nach Neuseeland“ (Teil 2). Mit Herrn Dr. Rolf Rönz. **Dahlweid

Mittwoch, 11.02.2009, 14.00 Uhr:
„Stern*Zeichen“, Am Stern – Veranstaltung mit Dr. Klaus Steiniger, Chefredakteur „Rotfuchs“

Sonntag, 15.02.2009, 11.00 Uhr:
Potsdam, Kabarett Obelisk, Charlottenstraße 31
MATINEE am SONNTAG. 6. Folge: Petra Kelling & Nadja Engel in „Schauspieler – Texte – Meinungen“
Anschließend Gespräch. Moderation: Claus Dobberke (Potsdam), Daniel Küchenmeister (Berlin) *RLS

Montag, 16.02.2009, ab 13.30 Uhr:
„Potsdamer Geschichten – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski“. Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Potsdamer Geschichten“ (Teil 2).
**Dahlweid

Dienstag, 17.02.2009, 18.00 Uhr:
Potsdamer Buchpremiere: „Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit“. Vortrag, Buchpräsentation und Diskussion mit dem Autor Prof. Dr. Klaus Steinitz (Berlin); Moderation: Dr. Detlef Nakath (Geschäftsführer der RLS Brandenburg, Potsdam). *RLS

Mittwoch, 18.02.2009, 18.00 Uhr:
„Die Welt, in der wir leben“. Das schwedische Modell – soziale und demokratische Regulierung von Kapitalismus? Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Edeltraut Felfe (Greifswald) und Botschafter a.D. Erich Wetzel (Berlin); Moderation: Dr. Arnold Schölzel *RLS

Donnerstag, 19.02.2009, 18.00 Uhr:
„Memories of Rain – Szenen aus dem Untergrund“. Ein Film von Gisela Albrecht und Angela Mai über den Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika, D 2003. Anschließend Diskussion. *RLS

Montag, 23.02.2009, 14.00 Uhr:
„Musik am Rosenmontag – zum Hören, Mitsingen, Schunkeln und Tanzen“ mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon bzw. Keyboard. **Dahlweid

Dienstag, 24.02.2009, 14.30 Uhr:
Im Gespräch mit unserem Stadtverordneten „Ein Urlaub auf Hiddensee im Blütenmonat Mai“. Humorvolles und Besinnliches, Aktuelles und Historisches erzählt Herr Dr. Herbert Schlomm. **Dahlweid

Dienstag, 24.02.2009, 18.00 Uhr:
„Gebrauchsanleitung für deutsche Medien“ 18. Veranstaltung: „Das kann man dem Publikum schon (nicht mehr) zumuten!“ Vortrag und Diskussion mit Prof. Joachim von Gottberg (Geschäftsführer Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen, FSKF, Gastprofessor für Medienethik an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“, Potsdam-Babelsberg. *RLS

Mittwoch, 25.02.2009, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben ’raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. **Dahlweid

Donnerstag, 26.02.2009, 18.00 Uhr:
„Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie“. Lesung und Diskussion mit der Juristin und Buchhändlerin Dr. Hannelore Feilbach (Potsdam). *RLF

**RLF: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Potsdam, Dortustr.53*
***Dahlweid: Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost*